

seinem weiteren Werdegang vieles offen läßt. Auch das Ausland kann durchverständnisvolle Förderung viel beitragen, was vor allem auch für die USA zu gelten hat, für die Zentralamerika stets ein wichtiges Interessengebiet war. Immerhin sei, generell gesehen, vieles erreicht, was schon fast an eine wirtschaftliche und sogar an eine politische Revolution in Zentralamerika heranreiche. Hierin kann man dem Verfasser nur zustimmen; für die ausführliche und nüchterne Erörterung aller Probleme muß man dankbar sein.

Friedrich Wehner

JAMES L. PAYNE

**Patterns of Conflict in Colombia**

New Haven and London Yale University Press, 1968, XV + 358 Seiten.

Dieses Buch hat sich zum Ziel gesetzt „to explain political conflict in Colombia through an examination of political motives and the context in which these motives find expression“ (4). Trotzdem scheint es dem Verfasser weithin weniger auf Empirie als solche denn auf die Verifizierung abstrakter Thesen anzukommen, so daß man nicht immer sicher ist, ob man es mit Referat oder mit Deduktion zu tun hat. Abgesehen hiervon handelt es sich um eine politologisch-soziologische Beschreibung der staatlichen Institutionen, Zustände und vor allem der Motivationen der auf diesen Bühnen sich bewegenden Akteure. Zweierlei mag hieraus als verfassungstheoretisch bedeutsam herausgehoben werden.

Nicht allzusehr überrascht die Feststellung, daß es der Politik und den Politikern nicht um irgendeine Sache, sondern um die Person, ihren Status und ihr Prestige geht (VII; 241; 244; 248 und öfter). Die Parteien können sich folgerichtig nicht durch Programme unterscheiden; hierfür bleibt lediglich übrig eine Differenzierung nach der Strategie der persönlichen Statuserlangung und -behauptung, also praktisch eine Minimisierung der Verschiedenheit.

Unter solchen Umständen kann das Parlament nichts anderes sein als eine unpolitische Veranstaltung (246): „We think Congress is for speeches not votes“ (ein kolombianischer Abgeordneter; vgl. S. 238). Eine solche Auffassung macht es unvermeidlich, die eigentlichen Entscheidungen an die Exekutive zu delegieren (257).

Kolumbien zeigt, daß eine am persönlichen Status orientierte „Politik“ Gewalt, und zwar sogar extreme Gewalt nicht ausschließt, ja sogar zu begünstigen scheint. Der Bürgerkrieg mag hier die Fortsetzung der Innen„politik“ mit anderen Mitteln sein. Man schätzt, daß der letzte von ihnen (1949—1953) insgesamt 134 820 Menschenleben gefordert hat. Es ist die Gesellschaft selbst, die ein Heilmittel gegen diese seit 1826 schwelende Krise (314) gefunden hat. Es ist die der „Frente Nacional“ (177) — eine Art von Friedensschluß zwischen den beiden großen Parteien, der beider Parität in Parlament und Regierung sowie Alternation der Präsidentschaft vor sieht. Durch Volksabstimmung ist er zum Bestandteil der Verfassung erhoben worden. Diese Lösung hat sich bewährt (315). Mit um so größerer Besorgnis sieht man daher dem Jahre 1974 entgegen, in dem dieser Vertrag abläuft.

Herbert Krüger

ERNEST A. DUFF

**Agrarian Reform in Colombia**

Praeger Special Studies in International Economics and Development  
Frederick A. Praeger, New York 1968, XI, 240 S.,

Fassung des Agrarreform-Gesetzes 135 von 1961, Bibliographie, US \$ 14,00.

Agrarreformen stellen ein neuralgisches Problem in den meisten Ländern Lateinamerikas dar. Größtenteils als fortschrittshemmende Erbschaft hispanischer Kolonisierungspolitik verstanden, kommt der höchst ungleichen Verteilung des Landbesitzes nicht nur eine soziale und ökonomische Bedeutung zu, sondern läßt aufgrund der gegebenen Gesellschaftsstrukturen aus allen Re-